

## **Schweiz - EU : jetzt müssen wir alle, jeder mit sich selber ins reine kommen.**

Man kann es drehen und wenden wie man will, die bilateralen Verträge sind nicht gut. Schon allein deshalb, weil sie ein Gesamtpaket bilden und in einzelnen Punkten nicht korrigiert werden können, ohne das Ganze in Gefahr zu bringen. Das ist jetzt x-mal gesagt, ja gewissermassen eingehämmert worden. Handkehrum wurde beschwichtigt, die Nachteile, und deren gibt es viele, könnten durch "flankierende Massnahmen so eingeklammert" werden, dass die befürchteten Schäden weitgehend "abgefedert" würden. Dazu nur eine Frage: sind solche flankierenden Massnahmen überhaupt in den Verträgen vorgesehen? Wenn nicht, würde es sich um autonome Entscheidungen der Schweiz handeln, die jeweils wiederum mit der EU, insbesondere den 15 Mitgliedstaaten, auszuhandeln wären mit all dem Drum und Dran der letzten 4 Jahre...

So oder so müssen sich alle, Gegner und Befürworter eines Beitritts zur EU, darüber klar sein, dass die bilateralen Verträge, ob angenommen oder abgelehnt, unweigerlich zur Frage führen, wie geht es inbezug auf das Verhältnis der Schweiz zur EU weiter? Es macht also gar keinen Sinn, jetzt, angeblich klug geworden aus den bei der EWR-Abstimmung 1992 gemachten Fehlern, zu sagen, die bilateralen Verträge und der EU-Beitritt seien zwei vollständig voneinander getrennte Dinge. Wenn dem wirklich so wäre, dann müsste Bundesrat Cotti nicht immer wieder betonen, er habe Vertrauen in die Intelligenz der schweizerischen StimmbürgerInnen, beide Dinge voneinander trennen und sich damit gleichzeitig auseinandersetzen zu können. Das sind Worte, Sand in die Augen der StimmbürgerInnen, die von den Aeusserungen aller Politiker, Gegner und Befürworter, wiederlegt werden, indem die einen die bilateralen Verträge als den ersten Schritt zum Beitritt bezeichnen, oder etwas vorsichtiger eine Ankoppelung an die EU, ein Europa-Salonfähig-Machen, oder ein zwangsläufiges Hineinziehen, eine vollendete Tatsache, die ein späteres Nein zur EU verunmöglicht usw.usf.

Wenn der Bundesrat und mit ihm Parteien und Politiker, wirklich an eine solche Trennung glauben, wenn sie überzeugt sind, dass die bilateralen Verträge unabhängig für sich zu bestehen und die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU in einem für beide Teile akzeptablen Mass zu regeln vermögen, dann sollte der Bundesrat jetzt, und zwar ohne Verzug den Rat derjenigen befolgen, die einen Rückzug (oder Sistierung) des in Brüssel liegenden offiziellen Beitrittsgesuchs empfehlen. Aber nicht, wie der Blick es zu wissen glaubt, sich schon jetzt auf Beitrittsverhandlungen Anfangs 2000 vorzubereiten. Und die Beitrittsgegner sollten jetzt nicht einfach

glauben, dass mit einem Nein zu den bilateralen Verträgen auch die Beitrittsfrage auf unbestimmte Zeit verschoben werden kann. Der Zeitpunkt ist jetzt gekommen, in welchem jeder in dieser Frage mit sich selber ins reine kommen muss; aufhört die anderen, die nicht gleicher Meinung sind, zu beschimpfen anstatt sich zu einer gemeinsamen Marschrichtung durchzuringen.

Als erster Schritt dazu, sollte der Bundesrat das Vertrauen zwischen Volk und Regierung wieder herstellen. Von sich beschliessen, dass die bilateralen Verträge auf jeden Fall dem Volk zur Genehmigung unterbreitet werden. Gleichzeitig das offizielle Beitrittsgesuch auf unbestimmte Zeit sistieren. Dem Volk wäre von allen politischen Kreisen, Befürwortern und Gegnern, klar zu machen, dass die bilateralen Verträge nicht gut, aber im Vergleich zum bisherigen Zustand das kleinere Übel sind; dass sie, immer unter der Voraussetzung eines Moratoriums in der Beitrittsfrage, den nötigen Freiraum bieten, sich über alle Wege einer Regelung der zukünftigen Beziehungen zur EU klar zu werden. Warum nicht zum Beispiel ein EWR II mit einer etwas besseren Mitbestimmung oder eines Beiseitestehens bei gewissen Entscheidungen der EU, wie das bereits 1992 von der Schweiz vorgeschlagene "opting out", neuerdings auch im Abkommen von Amsterdam vorgesehen. Oder ein Ausbau der Efta als Brücke zwischen der EU und weniger entwickelten Ländern, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, aber auch Länder der ehemaligen Sowjetunion, des Balkans, oder gar anderer Kontinente, wie Nordafrika, Kanada, Australien usw. oder gar die Bildung einer Reihe von neuen Freihandelszonen zwischen der EU und der übrigen Welt, in welchen die Schweiz, als eine traditionell weltweit tätige Handelsnation, eine nützliche Rolle im Herzen Europas als direkter Vermittler zu spielen vermöchte - wohl viel besser als wenn sie nur eines in den beengenden Harnisch der EU gepresstes Mitglied wäre. Das Beispiel der von Regierung und Volk konsequent befolgten Verkehrspolitik zur Sicherstellung einer im Interesse ganz Europas liegenden Nord-Süd-Verbindung sollte auch der EU die Gewissheit geben, dass die Schweiz als Vermittler im Herzen Europas eine nützliche Rolle zu spielen vermag! (FW 19.05.98)